

ten sich dann damit, Lücken zu füllen. Alles, was sie damit erreichen, ist, dass sie der Regierung einen Vorwand liefern, den sozialen Bereich noch mehr zu vernachlässigen. Die Regierung setzt die Privatisierung der Gesundheits-, Wohnungs- und Bildungsversorgung fort und die NGOs finanzieren sich, indem sie die Fenster dieses baufälligen Hauses bunt anmalen. Sie benutzen ausländische Entwicklungshilfe und Wohltätigkeitsspenden aus der Wirtschaft, um soziale Dienstleistungen für eine Handvoll Gemeinden bereit zu stellen — als ob sie damit in irgendeiner Weise die Abmagerung der öffentlichen Kassen lindern könnten.

Die Sprache der CSOs ist prall gefüllt mit dem Vokabular der Linken: Organisieren, Basisorganisationen, *Empowerment*. Aber wo organisiert wird, ist es von kurzsichtiger Art und dient lediglich dazu, Projekte durchzuführen und Gutachten zu erstellen, um die Anforderungen der Geldgeber zu erfüllen.

Das Resultat ist eine Parodie einer »Stärkung der Basisdemokratie«, bei der ganze Gemeinden entpolitisiert und tiefgreifende Abhängigkeiten geschaffen werden. Soziale Kräfte werden schon früh neutralisiert, indem die Illusion erzeugt wird, die Machtfrage könne auf kommunaler Ebene gelöst werden — als ob ungerechte Verhältnisse ein Problem der Dorfgemeinschaften und nicht der Gesellschaft im Ganzen wären.

Mit den Unterdrückern unter einer Decke

Besonders seit dem Ende der Marcos-Diktatur feiern all diese Illusionen fröhliche Urstände. Unter Aquino, Ramos, Estrada und jetzt auch unter Arroyo brüstet(e) sich die Zivilgesellschaft damit, an der Regierung beteiligt zu werden und den Menschen eine Stimme zu geben. Doch das einzige, was sie im Zuge dessen vorweisen

kann, sind wohlfeil formulierte Regierungspapiere und Verlautbarungen voller Sonnenschein und künstlich gesüßter Hoffnungen.

Die sozialdemokratisch orientierte Zivilgesellschaft gab unter der Präsidentschaft von Corazon Aquino (1986-92) den Ton an. Aquino genoss ihre Unterstützung und belohnte dafür viele aus ihrem Führungspersonal mit Regierungsposten. U.a. in den Ministerien für Agrarreform, im Umwelt- und Ressourcenministerium und im Gesundheitsministerium wurden Verbindungsbüros für CSOs eingerichtet.

Damit waren die CSOs Teil einer Regierung, die ein nutzloses Agrarreformprogramm (CARP) mit auf den Weg brachte und gegen alle revolutionären Kräfte einen »totalen Krieg« führte. Das CARP entpuppte sich als geeignetes Mittel, einen großen Teil der Bauernbewegung zu entschärfen und der totale Krieg führte zu mehr Menschenrechtsverletzungen als unter Marcos.

Zum Ersten, zum Zweiten und zum Dritten

Die Richtung von Entwicklung bestimmt der, der am meisten bietet

von Sonny Africa

Der Witz über die »goldene Regel« ist überall bekannt: »Wer das Gold hat, bestimmt die Regeln«. Für NGOs bedeutet dies, immer dem verpflichtet zu sein, der sie mit Mitteln versorgt — statt sich dem einfachen Volk verpflichtet zu fühlen, dessen Interesse im Mittelpunkt stehen sollte. Und nicht ausländischen Geldgebern, der Regierung oder der Wirtschaft.

Das Resultat ist dann eine »Entwicklung«, die sich nach dem höchsten Angebot richtet — wo Sinnhaftigkeit der »Nachhaltigkeit« weichen muss, Prinzipien einem symbolischen Wohlfühlaroma, und wo statt echter Stärkung des Volkes Entpolitisierung und Kollaboration mit den oberen Klassen an der Tagesordnung ist.

Goldschürfen im Ausland

»Hier und heute« möchte man »konkrete Vorteile«, das »Mög-

liche« und »sofortige Einflussnahme« erreichen. Ein kostspieliges Geschäft, das immer erträglichere Wege der Geldbeschaffung erfordert. Das Wesen der CSOs verlangt nach Effizienz, wenn es darum geht, Geld zu beschaffen, um Gehälter und Büros bezahlen zu können. Und um Projekte »für die Armen« durchzuführen, damit man sein Dasein rechtfertigt.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen (CSOs) geben ihr bestes, um sich mit jedem gut zu stellen, der Entwicklungsgelder zu

vergeben haben. Bis in die späten 1980er Jahre waren dies hauptsächlich ausländische Geldgeber und die großen NGOs der Industrieländer, die in der ganzen Welt nach Entwicklungsprojekten suchten, die sie finanzieren dürfen.

1988 nach dem Fall von Marcos wurde die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) für die Philippinen auf 2,3 Milliarden US-Dollar vervierfacht, seitdem hat sie sich ungefähr auf dieser Höhe stabilisiert. Das Geld kommt von multinationalen Institutionen wie der Weltbank und der Asiati-

Noch unbedeutender aber wurden die CSOs unter der Präsidentschaft von Fidel Ramos (1992-98). Ramos machte sich ihre Illusionen von Macht zunutze, indem er sie geschickt davon überzeugte, Sitze in kommunalen Ausschüssen zu übernehmen und von der Regierung Aufträge anzunehmen, die sie in den Bereichen Agrarreform, Gesundheit oder Landnutzung aktiv werden ließ. Und damit sie sich noch wichtiger fühlen konnten, wurden ihnen Funktionären hohe Posten in vielerlei Regierungsbehörden angetragen.

Die CSOs begnügten sich dann damit, ein schwaches Sozialreformprogramm (*Social Reform Agenda*) und das Agenda 21-Programm zu entwerfen (siehe *südostasien 1/1998, S.72ff. u. 4/2001, S.69ff.*) und waren zufrieden, dass Ramos an einigen Sozialforen teilnahm.

Zur gleichen Zeit setzte Ramos das neoliberal beseelte Wirtschaftsprogramm *Philippines 2000*

um; die sechs Jahre seiner Präsidentschaft waren von einer besonders fanatischen Liberalisierung von Handel und Investitionen geprägt, von Privatisierung und Deregulierung in bislang unbekanntem Ausmaß – mit allen damit einhergehenden negativen Auswirkungen auf den Arbeitssektor, auf die Armutslage und das Allgemeinwohl.²

Die Bedeutungslosigkeit der CSOs erreichte ihren Höhepunkt jedoch unter der Präsidentschaft von Joseph Estrada (1998-2001). Viele Schlüsselfiguren der radikaldemokratischen NGO-Szene (*popdems*) warben für »Erap« und prägten sogar den komisch-tragischen Slogan »Erap para sa mahirap« (»Erap für die Armen«). U.a. gelangten das Agrarreformministerium und die nationale Weiterbildungsbehörde TESDA unter ihre Führung. Und die Nationale Antiarmutskommission NAPC, jenes Musterbeispiel symbolischer Politik, ist auch auf ihrem Mist gewachsen.

Entwicklung für wen?

Alles drehte sich darum, die »Regierung in die Pflicht zu nehmen« und »Platz für die Demokratie« zu schaffen. Die CSOs haben dabei jedoch de facto mitgeholfen, dass der Staat auch weiterhin zum Nutzen der Ausbeuterklassen agiert.

Grundlegend ist dabei die falsche Annahme, der Staat sei von den Klassen und der gesamten Zivilgesellschaft relativ unabhängig. Daher zielen die umfassenden Strategien und Taktiken der CSOs anscheinend darauf ab, die Regierung dazu zu bewegen, sich auf die Seite der Armen und des Volkes zu stellen. Als ob die herrschenden Klassen nicht an der vollständigen Herrschaft über den Staatsapparat festhalten und stattdessen den Forderungen der Zivilgesellschaft nachgeben würden.

Die Klassengrenzen markieren aber die wirkliche Spaltung der Gesellschaft. Ausschlaggebend ist, in

schen Bank für Entwicklung (ADB), aber auch von ausländischen Regierungen, z.B. aus den Vereinigten Staaten, Japan oder Deutschland. Wohin es fließt, das bestimmt auf philippinischer Seite meist die Regierung mit.

Ist doch egal, dass das Geld von denen kommt, die die treibenden Kräfte eines Wirtschaftsregimes sind, das unsere Volkswirtschaft rückständig hält und unser Volk in bitterer Armut hält – wie etwa die Weltbank oder die USA. Und es diese multilateralen Institutionen sind, die erzwingen, dass riesige Summen an Schuldentrückzahlungen auf amerikanische, japanische und europäische Banken fließen und den Staatssäckel leeren.

Streiten verpönt

Es gilt so viele Quellen von Entwicklungsgeld anzuzapfen: 500 Millionen US-Dollar ausländische Entwicklungshilfe für Projekte, die NGOs mit einbeziehen, und viele Hundert Millionen Pesos aus den Schatullen unserer Regierung. Die Projekte und Kampagnen der CSOs bleiben da eng an dem ausgerichtet, was die Geldgeber verlangen und

gehen all dem aus dem Weg, was den Geldfluss gefährden könnte.

Eine Untersuchung aus ihren eigenen Reihen – von CODE NGO aus dem Jahr 2001 – beobachtete ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen den Prioritäten der Geldgeber und den Programmen der Nichtregierungsorganisationen. Vorrangig wurden Projekte in den Bereichen Gesundheit und Ernährung (44 Prozent), Kleingewebe- und Einkommensförderung (43 Prozent), soziale Dienste (35 Prozent), Kleinkredite/Finanzierung (31 Prozent), Kooperationsaufbau (31 Prozent, davon wiederum 77 Prozent spezielle Bildungs- und Trainingsmaßnahmen) durchgeführt. Eher zweitrangig waren Bereiche wie Agrarreform (18 Prozent), städtische Armut (12 Prozent) oder Gewerkschaftsarbeit (3 Prozent). Der Bericht kam nicht umhin festzustellen, dass »wenige Nichtregierungsorganisationen Besitzreformprogramme durchführen«, und das nicht aus Gründen, die sich aus einem vernünftigen Entwicklungsansatz ergeben, sondern weil solche Projekte »anfällig für politische Konflikte sind und daher schwieriger durchzuführen«. Als ob die Anforderungen, die sich aus der Projektdurchführung ergeben, Vorrang verdienen würden

vor dem Angehen gegen strukturelle Ungleichheiten.

Die Vorliebe für nicht konfliktträchtige Arbeit passt gut zu der Wahl von Partnergruppen aus Bereichen, die die Auseinandersetzung eher nicht suchen: An der Spitze sind Jugend und Kinder (57 Prozent) und Frauen (53 Prozent), gefolgt von Bauern (35 Prozent), städtischen Armen (33 Prozent) und erst ganz unten in der Skala Arbeiter und Arbeitsmigrantinnen (13 Prozent).

Alles in allem ergibt sich ein merkwürdiges Gemisch aus Projekten und Partner/innen, die kaum die immensen Herausforderungen bei der Entwicklungsfrage verkörpern, von einer Lösung dieser Frage ganz zu schweigen. Anstatt die Leute zu organisieren werden diese dazu gebracht, still zu sitzen und auf Almosen zu warten. Die Untersuchung von 2001 befand weiter, dass von den beteiligten NGOs der Organisierung gesellschaftlicher Gruppen der geringste Stellenwert unter den »zentralen Kompetenzen« eingeräumt wird, nur 17 Prozent hielten dies für wichtig. Kompetenzen wie Projektleitung (38 Prozent), Geldbeschaffung (29 Prozent) und Beratungstätigkeiten (26 Prozent) schnitten weit besser ab.